

Der Senator für
Bildung und Wissenschaft

02.03.2006
Herr Jasker/ Frau Moning
6038/6547

V o r l a g e N r. L 194

für die Sitzung der Deputation für Bildung am 16.03.2006

Benchmarking-Bericht 2005

A. Problem

Nachdem der Senat mit Beschluss vom 20.12.2005 den Benchmarking Bericht 2005 zur Kenntnis genommen hat, hat sich auch der Haushalts- und Finanzausschuss am 20.01.2006 mit diesem Bericht befasst und folgenden Beschluss gefasst: "Der Ausschuss beschließt, den Benchmarkingbericht 2005 den Fachdeputationen und den Parlamentsausschüssen zur Verfügung zu stellen, und bittet sie, gegenüber dem Ausschuss für ihren Bereich schriftlich zu berichten."

B.Lösung/ Sachstand

Die Inhalte des Berichtes sind mit dem Senator für Bildung und Wissenschaft abgestimmt, die vorgenommenen Einschätzungen werden geteilt. Der Bericht wird in der Anlage 1 vorgelegt.

Folgende Inhalte aus dem Bericht sind hervorzuheben:

- Im Jahr 2002 haben sich die Ausgaben je Schüler im Land Bremen insgesamt von 5.000 (2000) auf 4.700 € reduziert. Die Ausgaben je Schüler insgesamt entsprechen 2002 den Ausgaben je Schüler in Bayern und Baden-Württemberg, liegen deutlich unter dem Vergleichswerten der anderen Stadtstaaten (Stadtstaatendurchschnitt: 5.400 €) und nur noch geringfügig über dem Bundesdurchschnitt von 4.600 € je Schüler.
- Im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern ist in Bremen seit 1999 ein Rückgang bei den Personalausgaben je Schüler zu verzeichnen. Entscheidender Faktor zur Senkung der Personalausgaben je Schüler ist die Erhöhung der Schüler-Lehrer-Relation. Die Schüler-Lehrer-Relation im dargestellten Berichtsjahr 2004 (Schuljahr 03/04) insgesamt entspricht dem Bundesdurchschnitt, und liegt mit 17,2 deutlich über dem Stadtstaatendurchschnitt von nur 15,4.
- Der Anteil an Absolventen ohne Hauptschulabschluss an allgemeinbildenden Schulen lag 2003 mit 8,6% unter dem Bundesdurchschnitt von 9,1% und erheblich unter dem Stadtstaatendurchschnitt von 10,7%. Der Anteil der Absolventen mit Hochschulreife ist mit 30,5% knapp unter dem Durchschnitt der Stadtstaaten von 30,9%, aber sehr deutlich über dem Bundesdurchschnitt von nur 23,8%.

Die dargestellten Zahlen sind in einem Gesamtkontext von sozialen Rahmenbedingungen zu sehen, die in Bremen wesentlich schlechter sind als in den Vergleichsstädten. Bremen hat nach wie vor die höchste Sozialhilfedichte im Vergleich mit anderen Großstädten (vgl. hierzu Benchmarking-Bericht 2005, Produktplan 41 Jugend und Soziales, Teilbereich Soziales S. 51).

Trotz der im Vergleich schlechten sozialen Rahmenbedingungen, gleicht sich der Input an Ressourcen immer mehr dem Bundesdurchschnitt an, die Versorgung mit Lehrern

entspricht sogar bereits dem Bundesdurchschnitt, während der Output an Absolventen quantitativ deutlich besser ist als im Bundesdurchschnitt.

Perspektivisch ist jedoch in Bremen sowie auch bundesweit von einem Anstieg der Ausgaben pro Schüler auszugehen, was zum Beispiel an den sog. PISA-Maßnahmen, an der Einrichtung zusätzlicher Ganztagschulen, der Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges und der Zunahme der Zahlen von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf liegt.

Für ein Benchmarking im Bildungsbereich können mit Ausnahme der Bewirtschaftungsdaten nur Ländervergleichsdaten auf Basis der amtlichen Statistik des Statistischen Bundesamtes bzw. regelmäßigen Erhebungen der Kultusministerkonferenz dargestellt werden. Dies führt dazu, dass die dargestellten Zahlen teilweise bis zu 3 Jahre alt sind. Die Datenlieferung für weitere Benchmarking-Berichte ist abhängig von der Erhebung durch die o.g. Organisationen, insbesondere gilt dies auch für die geforderte Darstellung von Ländervergleichsdaten für allgemeinbildende Privatschulen. Die Darstellung der Kennzahl "Fläche pro Schüler" aus dem KGSt-Vergleichsring Schulverwaltung ist bei Erstellung des Benchmarking Berichtes 2006 erneut kritisch darauf zu prüfen, ob die dargestellten Unsicherheitsfaktoren hinreichend beseitigt sind.

C. Beschlussvorschlag

Die Deputation nimmt den Benchmarking Bericht 2005 zur Kenntnis und bittet darum, diese Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten.

In Vertretung

Dr. Göttrik Wewer
Staatsrat